



30. März 2017

Wer den Reifegrad einer Gesellschaft erkennen will, muss deren Gefängnisse besuchen

Referat an der resoz-Tagung 2017 im Toni-Areal

Geschätzte Mitarbeitende meiner Direktion

Geschätzte Fachleute

Geschätzte Medienschaffende

Ich begrüsse Sie alle sehr herzlich und bedanke mich für die Einladung.

Mit Ihrem Spezialgebiet, der Resozialisierung, ist es ja so eine Sache. Im Erfahrungshorizont von geschätzten 99% der Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes kommt die Resozialisierung nicht vor.

Das ist leicht nachvollziehbar. Denn in unserem täglichen Erleben endet der Umgang des Staates mit Kriminellen am Sonntagabend gegen halb zehn. Dann verhafteten am Bildschirm die Tatort-Kommissarin und der Tatort-Kommissar den Tatverdächtigen. Danach folgt der Abspann und eine Woche später wird wieder verhaftet. Entlassen wird nie. Ein Wunder, dass unsere Justizvollzugsanstalten nicht platzen.

Dabei ist die Wirklichkeit zum Glück eine andere. Im Grundsatz werden ebenso viele Straftäter wieder in die Freiheit entlassen wie verhaftet. Nur ist das im Volksbewusstsein schlecht verankert. Und zudem sind Entlassungen negativ belastet. Während Verhaftungen immer das Gefühl anhaftet, die Welt sei jetzt etwas sicherer, ist es bei Entlassungen tendenziell umgekehrt. Da schwingt im durch Filme und Medienberichterstattungen geprägten Volksempfinden eine Prise Gefahr mit.

Dabei sind Entlassungen unter dem Strich eine grosse Erfolgsgeschichte. Denn die betroffenen Menschen haben während des Strafvollzugs in aller Regel eine positive Entwicklung durchgemacht, die sie befähigt, wieder zu verantwortungsbewussten und eigenständigen Mitgliedern unserer Gesellschaft zu werden. Ich halte das für eine riesige zivilisatorische Leistung unserer Gesellschaft, die wir bei möglichst vielen Gelegenheiten ins Bewusstsein rufen sollen.

Im Zentrum dieser bedeutenden und konstruktiven Arbeit stehen Sie, geschätzte Damen und Herren. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle darum sehr herzlich danken. Dieser Dank erreicht Sie womöglich nicht alle Tage. Gern spreche ich ihn hier darum noch einmal ausdrücklich aus. Ich bin sicher, ich kann das auch im Namen der allermeisten Mitmenschen tun. Sie alle wären Ihnen dankbar, wenn sie genauer wüssten, wie wichtig und Ihr Beitrag zu einem guten Zusammenleben in unserer Gesellschaft ist.

Sehr gern beleuchte ich in meinen Worten hier vor Ihnen kurz das Aktuelle politische Umfeld bezüglich Resozialisierung, wie wir es im Programm angekündigt haben.



Hier anwesend sind rund 160 Akteurinnen und Akteure aus dem Massnahmen- und Sanktionenvollzug. Sie erfüllen in verschiedenen Funktionen einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag. Sie vollziehen Gerichtsurteile. Sie begleiten und beraten Personen im Straf- und Massnahmenvollzug, in der Untersuchungs- und in der Ausschaffungshaft.

Nicht selten geraten Sie dabei in die Kritik. Dasselbe gilt auch für mich als Justizdirektorin. Deshalb ist der kritische Fachdialog unter Ihnen sowie mit mir als Justizdirektorin wichtig und auch eine Chance, die Zeichen der Zeit zu verstehen. Denn diese sind nicht immer leicht zu deuten.

Gern widme ich mich hier kurz Ihrem gesetzlichen Auftrag, Straftäter auf ein deliktfreies Leben in Freiheit vorzubereiten – und damit der Wechselwirkung zwischen Resozialisierung und den Forderungen der Politik nach Sicherheit.

Wie präsentiert sich also das aktuelle, praktische Umfeld? Welches sind die Merkmale unserer Zeit? Wir leben in einer Gesellschaft, die tagein und tagaus Schlagzeilen zu Kriminalität und Terror via Gratiszeitungen und Handybildschirme übermittelt erhält. Schlagzeilen halten uns auf Trab, erhöhen das Schrittempo in der Gesellschaft. Wir arbeiten für eine Gesellschaft, die hochempfindlich auf Kriminalität, auf Vorfälle im Justizvollzug und Rückfälle reagiert.

Diese Empfindlichkeit der Gesellschaft und die Empfänglichkeit vieler für derartige Nachrichten werden natürlich auch politisch genutzt. Da werden bedrohliche Bilder von zunehmender Gewalt und Kriminalität gezeichnet. Die Wirklichkeit ist wesentlich erfreulicher. Ich zitiere aus der diese Woche erschienenen polizeilichen Kriminalitätsstatistik. Demnach hat sich zum Beispiel die Zahl der polizeilich registrierten Einbrüche seit 2012 nahezu halbiert. Auch die sogenannte «Jugendkriminalität», also die Zahl der Widerhandlungen gegen das Strafgesetzbuch durch Minderjährige hat sich in den letzten sieben Jahren halbiert. Das sind die Fakten. Etwas anderes ist die öffentliche Wahrnehmung, beziehungsweise deren Pflege.

Es ist paradox. Im Gleichschritt mit der objektiv steigenden Sicherheit wächst das subjektive Unsicherheitsgefühl. Das hat Folgen für die Politik. In Bern liegen aktuell über 20 politische Vorstösse zum Strafgesetzbuch zur Beratung auf. Rund zehn Vorstösse nehmen für sich in Anspruch, mehr Sicherheit zu schaffen, z.B. durch die Beschränkung von Vollzugslockerungen oder durch die Verwahrung von rückfälligen Straftätern.

Ich wünsche mir, dass diese Vorstösse mit Augenmass beraten werden. Ich wünsche mir, dass nicht Versprechen und Erwartungen ins Strafgesetzbuch aufgenommen werden, die nicht einlösbar sind. Denn wer nicht einlösbare Erwartungen weckt, erntet Empörung, Unsicherheit und Angst. Ob diese provozierte Enttäuschung politisch gar einkalkuliert ist, lass ich hier offen.

Sie wissen, das Strafgesetzbuch wird in Bern gemacht. Wir in den Kantonen verantworten den Vollzug. Darüber gibt es einen interessanten Bericht mit einer bemerkenswerten Feststellung. Die Walliser Nationalrätin Viola Amherd hat 2011 die Überprüfung des Straf- und Massnahmenvollzugs in den Kantonen verlangt. Der Bundesrat schreibt im Bericht dazu, dass keine Gesetzeslücken bestehen, es also nicht mehr Gesetze brauche. Hingegen müsse mehr in den konkreten Vollzug investiert werden – in Riskassessment, in Zusammenarbeit, in Fachlichkeit, Koordination und Kommunikation.

Gestützt auf diesen Bericht des Bundesrates hat die KKJPD im November 2014 *die Grundlagen für den strafrechtlichen Sanktionenvollzug in der Schweiz* erlassen.



Der Begriff der Resozialisierung wurde zuerst von Karl Liebknecht 1918 in seinem Entwurf «Gegen die Freiheitsstrafe» gebraucht. Resozialisierung war zu jener Zeit vor allem als Programm gegen Haftschäden angedacht. Im selben Zeitabschnitt vertrat Prof. Gustav Radbruch, Justizminister in der Weimarer Republik, die Meinung, es brauche «nicht die Verbesserung des Strafrechts, sondern den Ersatz des Strafrechts durch Besseres».

Ab den 60er Jahren desselben Jahrhunderts – der Wohlfahrtsstaat sorgte sich um die vom Krieg geschundenen Gesellschaften – waren es die Sozial- und Rechtswissenschaften sowie die kritische Kriminologie, die für die Resozialisierung und damit für die soziale Arbeit, für Betreuung und berufliche Qualifizierung Inhaftierter und Entlassener einstanden und Programme forderten. In den 70er Jahren hatte die Resozialisierung Aufschwung. In den 90er Jahren wurden die kritischen Stimmen immer lauter.

Sie sehen: Stehen das Soziale und die Wohlfahrt im Mittelpunkt der Politik, bekommt die Resozialisierung Zuspruch und die Forderungen nach langen Strafen tritt in den Hintergrund. Wenn dagegen politische Forderungen wie «mehr Freiheit, weniger Staat» und «jeder ist seines Glücks Schmied» und «mehr Sicherheit für weniger Angst» zum Programm einer Mehrheit werden, dann geraten Resozialisierung und Behandlungsprogramme unter Druck.

Und wenn gar Fremde zum Mittelpunkt der Politik werden, dann wird ein Minimal-Programm für Ausländer im Strafvollzug gefordert: Verzicht auf Behandlung/Therapie, auf Spezialprävention, weil nach dem Vollzug die Landesverweisung folgt. Als ob im Heimatland der Schutz vor Kriminalität nicht auch ebenso ein Anliegen der Menschen ist ...

Wo die Mehrheiten aktuell liegen, ist uns allen bestens bekannt. Sie sehen, das Ringen um eine rationale Kriminalitätspolitik, um entsprechende Ausgestaltung des Sanktionenvollzugs und um Reformen findet in der politischen Arena der jeweiligen Zeit statt. Sie wird durch die dann herrschenden Werte, Meinungen, Einstellungen und das soziale Klima entschieden und geprägt.

Meine Meinung in diesem Punkt ist gefestigt: Mehr Gesetzesparagrafen schaffen nicht mehr Sicherheit und Vertrauen in der Bevölkerung. Vertrauen bildet sich im Gegenteil über einen funktionierenden Vollzug, aber auch über konkrete Erfahrungen, über Dialog, Integration, Gleichstellung und über erfahrene Unterstützung. Politikerinnen und Politiker, die Angst verbreiten und mit ihrem Parteiprogramm mehr Sicherheit durch *Härte* im Strafrecht und im Strafvollzug versprechen, arbeiten in erster Linie für ihre Wiederwahl und nicht für die Sicherheit der Bevölkerung!

Geschätzte Damen und Herren: Wer den Reifegrad einer Gesellschaft erkennen will, muss deren Gefängnisse besuchen. Soweit mal das aktuelle politische Umfeld, wie es sich für die Resozialisierung präsentiert.

Was soll in den nächsten Jahren Priorität haben?

1. Der Glaubenssatz, dass der Einschluss – die Wegnahme der Freiheit alleine – die Pille gegen Kriminalität und für straffreie Lebensgestaltung ist, entstammt dem Denken der schwarzen Pädagogik. Sie versteht Strafen, Gewalt und Einschüchterung als Erziehungsmethoden. Dorthin wollen wir nicht zurück. Gegen Härte haben die meisten der Inhaftierten schon viel früher in ihrem Leben seelische Hornhaut entwickelt. Studien zeigen, dass die Legalbewährung alleine mit dem Entzug der Freiheit nicht zu haben ist. Das Gegenteil ist der Fall. Das müssen wir aktiver kommunizieren!
2. Gute Wirkung entfalten individualisierte Programme, die auf Rückfallrisiken und auf die Resozialisierungsziele abgestimmt sind. Sie müssen über die Einschliessung hinaus auch in der Bewährungsphase Bestand haben. Wir müssen folglich konsequent an der Behandlungs- und Resozialisierungskette weiterbauen.



3. Sie sind die Fachleute. Die Gesellschaft erwartet von Ihnen, dass Sie Ihre Arbeit und Ihre Programme laufend entlang von wissenschaftlichen Evaluationsergebnissen überprüfen und verbessern. Das erhöht erstens die Wirkung Ihrer Arbeit, und macht Sie zweitens weniger angreifbar. Diese heutige Tagung im Toni-Areal, an der Hochschule für angewandte Wissenschaften, belegt, dass Ihnen das bewusst ist. Danke, dass Sie sich diese Mühe nehmen. Danke für Ihren Einsatz.
4. Ich habe vorhin das Vertrauen als zentralen Punkt angesprochen. Daran müssen auch Sie arbeiten. Mir scheint, Sie müssen sich auch laufend fragen, wie Sie im Vollzug ein Klima des noch stärkeren Vertrauens schaffen können. Ziel muss es sein, dass Verurteilte ihr Leben und ihre Tat zu reflektieren beginnen und daraus persönliche Konsequenzen ziehen. Das Vertrauen ist gewiss auch in Ihrem Berufsfeld eine grundlegende Voraussetzung.
5. Opferschutz und Opferberatung sowie Prävention haben weiterhin eine hohe Priorität. Gewaltschutz und Bedrohungsmanagement der Kantonspolizei Zürich haben zusammen mit der Fachstelle Häusliche Gewalt echte Gewaltprävention bewirkt. Sie haben es vielleicht mitbekommen: Diese Woche haben Fachleute aus der Polizei und von der kantonalen Opferhilfestelle aus meiner Direktion ein positives Fazit gezogen zu zehn Jahren Gewaltschutzgesetz. Gewaltprävention zahlt sich aus, wenn Sie bedenken, was eine kriminelle Tat für Schäden anrichten kann, immateriell wie materiell. Gewaltprävention ist der beste Opferschutz.
6. Sie arbeiten mit jenen Menschen, bei denen die Prävention lange Zeit nicht gewirkt hat oder für die keine Präventionsprogramme zur Verfügung standen. Es muss uns interessieren, weshalb die Prävention bei dieser Gruppe nicht greift, weshalb es allenfalls für sie keine Programme gibt – aber auch: ob mehr Präventionsprogramme nicht auch mehr Kontrolle bedeuten und ob das die Aufgabe des Staates ist.
7. Wir müssen Rechtsgrundsätze und darin verankerte humane Werte pflegen, nachvollziehbare Entscheide treffen und inhaftierten Menschen und ihren Angehörigen respektvoll begegnen.
8. Wenn man kritisiert wird, beginnt man ab und an zu leiden, wird empfindlich und zieht sich zurück. Ich bin nicht für Rückzug. Deshalb unterstütze ich Sie gerne und stehe gerne ein für einen Sanktionenvollzug, der der Risikoorientierung und der Resozialisierung gleichermaßen verpflichtet bleibt.
9. Wir alle müssen uns darum dem gesellschaftlichen Dialog stellen und nicht den Kopf einziehen, wenn nur noch hohe Mauern gefordert werden. In dieser Diskussion braucht es Ihre Köpfe, Ihr Herz und Ihr Engagement.

Soweit die 9 Prioritäten, denen wir uns in den nächsten Jahren widmen sollten. Damit bin ich am Schluss und beim letzten und wichtigsten Punkt meiner Ausführungen: Ich bedanke mich sehr, sehr herzlich für Ihren grossen Einsatz, den Sie täglich, aber wenig beachtet für unsere Gesellschaft leisten. Herzlichen Dank.